



Ewig Uneins

EU. Am 2. Mai hat die EU-Kommission ihren Entwurf für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) von 2021 bis 2027 vorgestellt – und heftige Kritik aus einigen Mitgliedsstaaten geerntet. Das IW rechnet vor, wie sich die Aufgaben der EU finanzieren lassen, ohne den Haushaltsrahmen zu erweitern oder neue Finanzquellen zu erschließen. Warum die Gemeinschaft trotz der Streitereien um Geld und Zuständigkeiten nicht fundamental bedroht ist, erklärt Wolfgang Wessels, Direktor des Zentrums für Türkei- und EU-Studien, im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-7](#)

Foto: Gettyimages

Einkommen und Vermögen

Die Ungleichheit der Nettoeinkommen ist in Deutschland im internationalen Vergleich relativ gering, die Vermögen sind dagegen verhältnismäßig ungleich verteilt.

—> [Seiten 8-9](#)

Tourismus

Städte wie Venedig oder Dubrovnik sind völlig überlaufen. Urlauber sollten andere Reiseziele ansteuern oder ihren Besuch in eine andere Jahreszeit verlegen.

—> [Seiten 10-11](#)

Zeit für neue Prioritäten

Europäische Union. Angesichts neuer Gefährdungen von innen und von außen wird derzeit intensiv über die Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Europäischen Union diskutiert. Der zunehmende Reformdruck kann und muss aber auch dazu genutzt werden, den EU-Haushalt neu zu ordnen.

Die Liste der aktuellen Herausforderungen und Aufgaben für die EU ist umfangreich: Der bevorstehende Brexit, die Flüchtlingskrise, Terroranschläge, die Erosion demokratischer Strukturen und die populistische EU-Kritik in einigen Mitgliedsstaaten, die protektionistische Politik der US-Regierung sowie das aggressive Auftreten von Russland, China und der Türkei – angesichts dieser Probleme muss die EU Handlungsfähigkeit beweisen und neue Prioritäten setzen.

Das gilt nicht zuletzt für den sogenannten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU. Er legt fest, in welchen Bereichen die Union mehr – oder weniger – Geld investieren sollte, und ist damit vor allem Ausdruck der politischen Schwerpunktsetzung. Der MFR ist nicht der EU-Haushalt, sondern dient als Vorgabe für die Haushaltsplanung.

Derzeit gilt zwar noch der MFR 2014 bis 2020, die hitzigen Diskussionen der EU-Mitgliedsstaaten – die dem Finanzrahmen alle zustimmen müssen – gelten jedoch dem MFR 2021 bis 2027, also der Frage, wofür die Union in den kommenden Jahren ihr Geld ausgeben will.

Ein Blick auf den aktuellen EU-Haushalt und seine Vorläufer zeigt, dass das Gros der Ausgaben nach wie vor auf einen Bereich entfällt (Grafik Seite 3):

In den Jahren 2006 bis 2016 summierten sich die Ausgaben für die Agrar- und Strukturpolitik jeweils auf rund 70 bis 80 Prozent des EU-Haushalts.

Dieser hohe Anteil ist – insbesondere was die Agrar ausgaben angeht – anachronistisch, denn der Anteil der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei an der Gesamtbruttowertschöpfung betrug schon zu Beginn des aktuellen MRF, also 2014, im EU-28-Durchschnitt gerade mal 1,6 Prozent.

Hinzu kommt, dass die EU-Kommission im Februar 2018 eine lange Liste an prioritären zusätzlichen Ausgaben veröffentlicht hat, die auf die Union zukommen. Dazu zählen die Finanzierungslücke von 73 Milliarden Euro durch den EU-Austritt der Briten, 40 bis 80 Milliarden Euro für die Förderung von Forschung und Entwick-

Agrar- und Kohäsionspolitik: Das Umschichtungspotenzial

Wenn die EU-Ausgaben von rund 770 Milliarden Euro für Agrar- und Kohäsionspolitik um 1 Prozent gekürzt würden, ließen sich mit den Einsparungen von rund 7,7 Milliarden Euro alternativ jeweils so viel Prozent jener Zusatzausgaben (+) bzw. Mindereinnahmen (-) finanzieren, die von der EU im mehrjährigen Finanzrahmen ab 2021 vorgesehen sind

Brexit: (-73 Milliarden Euro)	10,5	Digitale Investitionen: Verdoppelung der Ausgaben (+ 35 Milliarden Euro)	22,0
Europäische Verteidigung: (+16,4 Milliarden Euro)	47,0	Forschungs- und Entwicklungsausgaben (1): +50 Prozent (+ 40 Milliarden Euro)	19,3
Außengrenzensicherung (1): mittlere Lösung (+ 21 Milliarden Euro)	36,7	Forschungs- und Entwicklungsausgaben (2): +100 Prozent (+ 80 Milliarden Euro)	9,6
Außengrenzensicherung (2): große Lösung (+146 Milliarden Euro)	5,3	Infrastruktur (1) – Connecting Europe Facility: +50 Prozent (+ 15 Milliarden Euro)	51,3
Erasmus+ (1): kleine Lösung (+ 15,3 Milliarden Euro)	50,3	Infrastruktur (2) – Connecting Europe Facility: +100 Prozent (+ 30 Milliarden Euro)	25,7
Erasmus+ (2): große Lösung (+75,3 Milliarden Euro)	10,2	Währungsunion: Budgetlinien für Reformhilfe und Konvergenz (+ 25 Milliarden Euro)	30,8

lung (FuE) und bis zu 146 Milliarden Euro für die Sicherung der EU-Außengrenzen.

Der wachsende Finanzierungsbedarf stößt jedoch auf Widerstand: Eine Reihe von EU-Staaten ist strikt gegen eine Erhöhung des EU-Budgets, einige fordern wegen des Brexits sogar eine Kürzung.

Doch die EU-Kommission darf sich von den üblichen politischen Widerständen nicht beirren lassen, sondern muss ordnungspolitische Gradlinigkeit zeigen und die veränderte geopolitische Lage dazu nutzen, den Finanzrahmen endlich auf eine ökonomisch sinnvolle Basis zu stellen. Wie das gehen könnte, hat das Institut der deutschen Wirtschaft vorgerechnet. Demnach lassen sich die prioritären Aufgaben der EU finanzieren, ohne dass der Haushaltsrahmen erweitert wird oder neue Finanzquellen erschlossen werden – allein durch Umschichtungen in der Agrar- und Strukturpolitik:

Kürzung der Agrar- und Strukturausgaben. Im aktuellen mehrjährigen Finanzrahmen für 2014 bis 2020 summieren sich die Ausgaben für die Agrarpolitik auf rund 400 Milliarden Euro und die Ausgaben für die Kohäsionspolitik auf rund 370 Milliarden Euro. Würden diese 770 Milliarden Euro nur um 1 Prozent gekürzt, stünden rund 7,7 Milliarden Euro für andere Zwecke zur Verfügung (Grafik Seite 2):

Mit dem Geld könnten zum Beispiel fast 11 Prozent der Mindereinnahmen durch den Brexit finanziert werden oder alternativ 22 Prozent der geplanten Zusatzausgaben für digitale Investitionen.

Wenn schon durch die geringe Kürzung an einer Stelle so viel an anderen Stellen bewegt werden kann, bietet sich ein weiterer Schritt an:

Vollständige Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben. Setzt man jeweils nur die Untergrenzen der prioritären Ausgaben an, rechnet man also zum Beispiel für die FuE-Ausgaben mit einem Zusatzbedarf von 40 (kleine Lösung) statt 80 Milliarden Euro (große Lösung), dann braucht die EU für die vollständige Finanzierung aller zusätzlichen Ausgaben rund 240 Milliarden Euro.

Dieser Betrag ließe sich aufbringen, wenn die genannten 770 Milliarden Euro für Agrar- und Strukturpolitik um 31 Prozent gekürzt würden.

Einsparungen in dieser Größenordnung sind durchaus machbar – wenn sich die EU zum Beispiel in ihrer Kohäsionspolitik auf arme Regionen konzentriert und die wohlhabenderen Mitgliedsstaaten im Sinne des Subsidiaritätsprinzips selbst für die Regionalförderung aufkommen (siehe iwd 3/2018).

Das Wirtschaftswachstum nutzen. Betrachtet man die Finanzierung als einen dynamischen Prozess, fallen die Einsparnotwendigkeiten sogar wesentlich geringer

aus. Denn der EU-Haushalt ist an das zusammengefasste Bruttonationaleinkommen (BNE) der Mitgliedsländer gebunden, sodass mit dem Wirtschaftswachstum auch die Finanzierungsspielräume wachsen.

Schreibt man nun die aktuellen Konjunkturprognosen der EU-Kommission fort, dürfte das BNE der Mitgliedsstaaten bis zum Ende des mehrjährigen Finanzrahmens 2021 bis 2027 um insgesamt 28 Prozent zulegen. Nach der bisherigen Haushaltslogik würden dann auch die Agrar- und Kohäsionsausgaben um 220 auf annähernd 990 Milliarden Euro zulegen – und der Kürzungsbedarf von 240 auf fast 310 Milliarden Euro steigen. Aber:

Würden die EU-Ausgaben für die Agrar- und Kohäsionspolitik auf dem aktuellen Stand eingefroren, entstünde durch das Wirtschaftswachstum ein Puffer von 220 Milliarden Euro, die für die Umschichtung genutzt werden könnten.

Der Kürzungsbedarf bei den Ausgaben für die Agrar- und Kohäsionspolitik würde entsprechend künftig von 310 Milliarden Euro auf lediglich noch rund 90 Milliarden Euro sinken. Das sind knapp 12 Prozent der aktuellen 770 Milliarden Euro – statt 31 Prozent bei statischer Betrachtung.

EU-Haushalt: Das Gros für Agrar- und Strukturpolitik

in Milliarden Euro

■ darunter: für Agrar- und Strukturpolitik in Prozent

2006	106,6	77,1
2007	114,0	80,4
2008	116,5	77,5
2009	118,4	75,9
2010	122,2	76,8
2011	129,4	77,1
2012	138,7	77,6
2013	148,5	78,4
2014	142,5	77,9
2015	145,2	75,2
2016	136,4	69,8

Ursprungsdaten: Europäische Kommission
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

IW policy paper 10/2018

Berthold Busch, Jürgen Matthes: Zur Zukunft der Europäischen Union – Wohin geht die Reise?

iwkoeln.de/zukunft_eu



© Universität zu Köln

Interview. Die Europäische Union ist in einer schwierigen Lage, nicht nur wegen des Brexits und der damit einhergehenden Budgetkürzung. Warum die vielen Krisen dennoch keine fundamentale Bedrohung für die Staatengemeinschaft darstellen, erläutert **Wolfgang Wessels**, Direktor des Zentrums für Türkei- und EU-Studien (CETEUS) an der Universität zu Köln.

„Jede Krise hat mehr Europa hervorgebracht“

Macron und Merkel sprechen davon, dass eine Wiedergeburt oder eine Neugründung Europas notwendig sei. Ist dem so?

Diese Diskussion führen wir schon seit der Währungs- und Finanzkrise. Die einen plädieren für weniger Europa, eins, das sich nur auf die Kernaufgaben konzentriert, die anderen für mehr Europa in Richtung eines föderalen Europas. Dass es mehr Flexibilisierung braucht, um zum Beispiel in der Währungsunion in einer kleineren Ländergruppe effektiver vorgehen zu können, das steht erneut auf der europäischen Agenda. Doch dass die Mitgliedsstaaten tatsächlich einen komplett neuen EU-Vertrag verhandeln, ist angesichts der innenpolitischen Entwicklungen mit ausgeprägt populistischer Prägung nicht zu erwarten. Denn es gibt keinen Grundkonsens darüber, was konstitutionell anders gemacht werden soll.

Krisen gab es seit der Gründung der EU immer wieder. Was ist an der aktuellen Krise anders?

Es gibt ganz unterschiedliche Krisen: interne Krisen wie die, die durch die Ablehnung des Verfassungsvertrags im französischen Referendum entstanden ist. Dann gibt es Krisen, deren Ursachen zwar außerhalb der Mitgliedsstaaten liegen, die aber sehr wohl gravierende Folgen für die EU haben und

möglicherweise – wie die Euro- oder die Migrationskrise – auch nachhaltig Fragen der unionsinternen Solidarität aufwerfen. Wenn jetzt überhaupt etwas anders ist, dann der Umstand, dass die EU mehrere Krisen gleichzeitig angehen muss.

Ist das ein Problem?

Ja und nein. Die zurückliegenden Krisen – und die größte Krise der EU war sicherlich die deutsche Wiedervereinigung – verliefen eigentlich immer nach einem ähnlichen Muster: Die Bewältigung hat ein Mehr an Europa geschaffen. Ob der Ausbau der Gemeinschaftsinstrumente die Probleme jedoch sinnvoll löst, ist jeweils zu hinterfragen.

Oft wird in der EU um die Finanzen gestritten. Kann mehr Geld die aktuellen Probleme lösen?

Geld ist immer begrenzt, deshalb wird darum überall gestritten. Das EU-Budget ist wichtig, weil es Anreize setzt, zusammenzuarbeiten. Und diese Zusammenarbeit vieler Staaten ist häufig effektiver, als es ein einzelnes Land wäre, wie man an EU-Forschungsprojekten oder der Verteidigung sieht.

Wo sehen Sie den größten Reformbedarf in der EU?

Vor allem in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik liegen die Mitgliedsstaaten noch weit auseinander. Deshalb wird gerade darüber diskutiert, ob man für die

EU-Außenpolitik nicht für einige Fälle eine Mehrheitsabstimmung einführen soll. Denn wenn man Länder wie die USA, China oder Russland betrachtet, dann sieht man, dass die Herausforderungen nicht weniger, sondern mehr werden.

Der Brexit: Glücksfall oder Katastrophe?

Im historischen Kontext ist der Brexit eine Katastrophe. Und die Folgen sind für alle beträchtlich, vor allem für Großbritannien – und es ist nie gut, einen Nachbarn zu haben, der mit erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Ein Glücksfall ist der Brexit insofern, als wir in der EU – Stichwort Verteidigungs- und Sicherheitspolitik – einen Blockierer weniger haben. Gleichzeitig war der Brexit ein Weckruf: Die übrigen 27 EU-Staaten haben verstanden, wie wichtig es ist, diese Gemeinschaft mit allen Mühen zu erhalten. Es werden wieder gemeinsame Positionen entwickelt, was zu dem bereits erwähnten Krisen-Reaktionsmuster passt.

Gibt es die Europäische Union in fünf Jahren noch?

Natürlich. Die EU hat zwar viele Schwächen, aber kein politisches System ist vollkommen. Zudem haben die europäischen Mitgliedsstaaten einen ausgesprochenen Problemlösungsinstinkt – und den halte ich weiterhin für sehr stark.

Stochern im britischen Nebel

Brexit. Schon in knapp einem Jahr treten die Briten aus der EU aus, doch noch immer wissen die deutschen Unternehmen nicht, wie die künftigen Handelsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich aussehen werden. Das IW legt eine aktuelle Einschätzung vor.

Der Brexit ist zwar noch nicht vollzogen, dennoch hat er in der deutschen Exportwirtschaft bereits Spuren hinterlassen. Denn nach dem Referendum im Juni 2016 wertete das britische Pfund um mehr als 10 Prozent ab und verteuerte so die deutschen Ausfuhren. Die Folge (Grafik):

Im zweiten Halbjahr 2016 sind die deutschen Warenlieferungen an das Vereinigte Königreich deutlich eingebrochen.

Weil sich die Exporte auf die Insel seitdem stabilisiert haben, scheint das Gros der negativen Wechselkursauswirkungen aber bereits überwunden zu sein.

Weitgehend unklar ist dagegen noch immer, wie die Wirtschaftsbeziehungen nach dem Austritt aussehen werden. Aus heutiger Sicht sind folgende Schritte wahrscheinlich:

Übergangsphase. Nach dem Austritt Großbritanniens wird es wohl eine Übergangsphase bis Ende 2020 geben. Sie soll dazu dienen, mehr Zeit für die komplizierten und zeitaufwendigen Verhandlungen zu haben und den Unternehmen dann eine einzige Änderung der Rahmenbedingungen zuzumuten – und nicht viele kleine.

Austritt aus Binnenmarkt und Zollunion. Nach der Übergangsphase werden sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen voraussichtlich verschlechtern, denn die Regierung in London will den EU-Binnen-

markt und die Zollunion definitiv verlassen. Infolgedessen müssen an den Grenzen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich Kontrollen eingeführt werden – es wird also zu kostenträchtigen und langwierigen Zoll- und Prüfverfahren kommen. Das britische Parlament scheint allerdings eine Zollunion mit der EU zu wollen.

Weitgehende Zollfreiheit. Da beide Seiten ein umfangreiches Freihandelsabkommen anstreben, wird es wohl nicht zu Zöllen im Warenhandel kommen. Sollten die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen jedoch wider Erwarten scheitern, wäre der sogenannte harte Brexit die Folge und Großbritannien würde zunächst vermutlich die gleichen Zölle erheben, die die EU derzeit gegenüber Drittstaaten ohne Freihandelsabkommen anwendet. In

diesem Fall drohen vor allem im Handel mit Agrarwaren hohe Zölle, aber auch für einige industrielle Produktgruppen wie Pkws und Lkws.

Es ist zwar unwahrscheinlich, dass es so weit kommt, dennoch müssen sich die Unternehmen auch auf ein No-Deal-Szenario vorbereiten, also auf den Fall, dass die Austrittsverhandlungen scheitern. Dann würden beide Seiten ohne klare Regeln auseinandergehen – und es herrschte vorübergehend rechtliches Chaos.

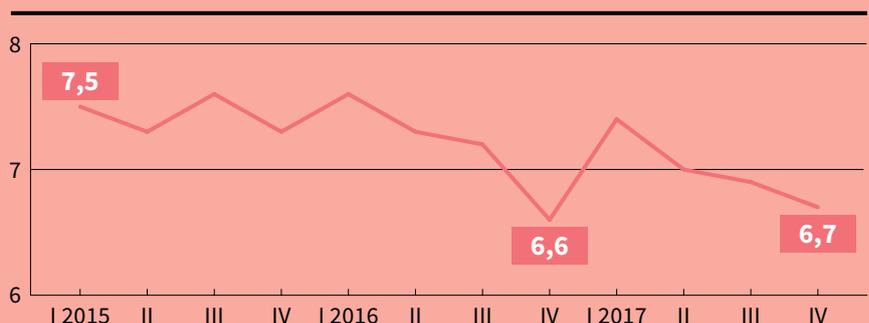
Noch weniger wahrscheinlich ist nur eines: dass die Briten ihre Entscheidung, aus der EU auszutreten, wieder zurücknehmen.

IW-Report 8/2018

Jürgen Matthes: Brexit – Was kommt auf die deutschen Unternehmen zu?
iwkoeln.de/brexit-unternehmen

Brexit: Die erste Delle

Deutsche Warenausfuhren in das Vereinigte Königreich, Monatsdurchschnitte je Quartal in Milliarden Euro



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Das Risiko einer gemeinsamen Einlagensicherung

Bankenunion. Zwei Säulen der Bankenunion stehen bereits, die dritte – eine gemeinsame europäische Einlagensicherung – hat die EU-Kommission gerade in Arbeit. Ein gemeinsamer Topf wäre jedoch ein Spiel mit dem Feuer, wie eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt.

Die Bankenaufsicht in der Eurozone wird seit November 2014 von der Europäischen Zentralbank wahrgenommen und das einheitliche Verfahren zur Abwicklung insolvenzgefährdeter Kreditinstitute kann seit 2016 angewendet werden. Damit stehen zwei Säulen der europäischen Bankenunion. Die dritte vereinbarte Säule, die länderübergreifende Einlagensicherung, ist jedoch noch nicht eingeführt. Status quo sind harmonisierte Regeln und Mindeststandards für eine jeweils nationale Einlagensicherung – die aber längst noch nicht überall umgesetzt sind.

Ein gemeinsamer Topf, aus dem die Guthaben der Sparer im Fall einer Bankeninsolvenz abgesichert wären, ist allerdings höchst umstritten, weil er Risiken vergemeinschaften würde, die zu einem guten Teil aus der Zeit der alten nationalen, weniger strengen Bankenaufsicht datieren. Trotzdem sind sich die beiden großen europäischen Player, Deutschland und Frankreich, mittlerweile offenbar einig, dass die europäische Einlagensicherung früher oder später kommen soll. Das ist möglicherweise ein Spiel mit dem Feuer. Denn:

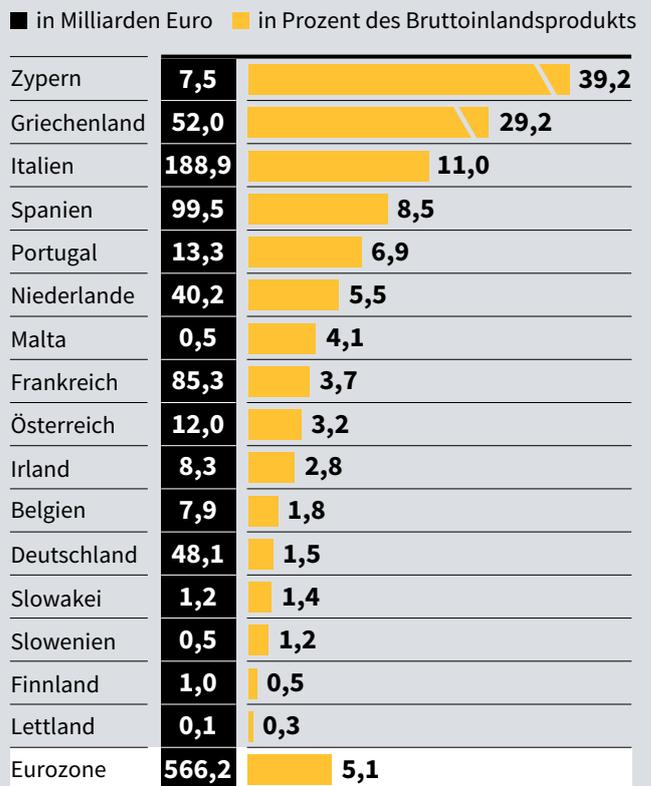
In den Bankenbilanzen schlummerten Ende 2017 immer noch 759 Milliarden Euro an faulen Krediten – darunter 566 Milliarden Euro in den Büchern der 76 systemrelevanten Großbanken im Euroraum.

Um die Risiken besser einschätzen zu können, hat das Institut der deutschen Wirtschaft untersucht, welche Banken und Länder wie stark von notleidenden Krediten betroffen sind. Als notleidend gelten Kredite, deren Raten seit mehr als 90 Tagen nicht mehr beglichen werden und bei denen sich abzeichnet, dass sie aufgrund finanzieller Schwierigkeiten der Schuldner abgeschrieben werden müssen. Die wichtigsten Ergebnisse des IW-Stresstests:

- In acht der 76 systemrelevanten Banken sind mindestens 25 Prozent aller Darlehen als faul einzustufen. Diese

Wo die faulen Kredite schlummern

Bestand der Großbanken an notleidenden Krediten Ende 2017



Großbanken: insgesamt 76 systemrelevante Banken, die der europäischen Bankenaufsicht direkt unterstehen; notleidende Kredite: können vom Kreditnehmer aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten vermutlich nicht vollständig zurückgezahlt werden oder die Ratenzahlung ist seit mehr als 90 Tagen im Verzug

Quellen: Bloomberg, Europäische Zentralbank, Fitch, Geschäftsberichte der Banken, Moody's, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

besonders gefährdeten Banken sitzen in Griechenland, Italien und Zypern.

- Auf die acht Geldhäuser konzentriert sich knapp ein Fünftel aller Kredite, die vermutlich abzuschreiben sind.
- Während die ohnehin weniger stark betroffenen Finanzinstitute ihren Anteil an notleidenden Darlehen in den vergangenen Jahren verringern konnten, hatten die gefährdeten Geldhäuser Schwierigkeiten, ihre ausfallgefährdeten Kredite abzubauen.

Doch in welchen Euroländern stecken die Banken besonders tief in der Bredouille und könnten deshalb die

gemeinsame Einlagensicherung als Erstes in Anspruch nehmen? Die Liste wird von alten Bekannten angeführt, den ehemaligen Krisenländern (Grafik Seite 6):

Im kleinen Zypern beliefen sich die notleidenden Kredite der Großbanken Ende 2017 zwar nur auf 7,5 Milliarden Euro – dies waren allerdings fast 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und damit mehr als in jedem anderen Euroland.

In Relation zur Wirtschaftsleistung sind auch die systemrelevanten Banken in Griechenland und mit Abstrichen in Italien, Spanien und Portugal überdurchschnittlich stark belastet. Für Zypern kommt erschwerend hinzu, dass auch kleinere Banken auf so vielen faulen Krediten sitzen, dass fast das gesamte BIP des Jahres 2017 nötig wäre, um alle Löcher zu stopfen. Griechenland müsste dazu 60 Prozent seines BIP einsetzen, in allen anderen Ländern wäre es weit weniger.

Damit größere Umverteilungen in der gemeinsamen Einlagensicherung nicht schon programmiert sind,

sollten sämtliche Großbanken vor der Einführung einer europäischen Einlagensicherung so weit stabilisiert werden, dass sie den Topf auf absehbare Zeit nicht anzapfen müssen. Das Institut der deutschen Wirtschaft sieht die Geldhäuser dann auf der sicheren Seite, wenn ihr Anteil an notleidenden Krediten weniger als 3 Prozent beträgt und zugleich ihre bilanzielle Eigenkapitalquote den aktuellen Durchschnittswert von etwas weniger als 7 Prozent nicht unterschreitet.

Einige Großbanken in der Eurozone müssten dazu Kredite im großen Stil abschreiben – oder versuchen, diese zu verkaufen. Das allerdings wäre mühsam und würde viel Zeit erfordern, weil die Interessenten nicht gerade Schlange stehen. Zwar haben viele Banken hohe Risikorückstellungen für den Ausfall der notleidenden Kredite gebildet. Sie reichen jedoch nicht, um alles auszugleichen. Deshalb muss das bilanzielle Eigenkapital bei sehr hohen Abschreibungen so weit aufgestockt werden, dass die Quote von 7 Prozent wieder erfüllt ist. Dass dies ein teils extrem teures Unterfangen werden würde, liegt auf der Hand. Wie teuer, zeigen Simulationsrechnungen des IW (Grafik):

Zypern müsste von 2019 bis 2022 jedes Jahr rund 2,4 Prozent seiner Wirtschaftsleistung dafür aufbringen, seine Banken fit für die dritte Säule der Bankenunion zu machen.

Die griechischen Banken würden vier Jahre lang 2,0 Prozent des heimischen BIP beanspruchen. Die drittgrößte Last hätten die Niederländer zu schultern: Sie müssten 1,2 Prozent ihres Inlandsprodukts darauf verwenden, ihre Banken zu rekapitalisieren. In diesem Fall liegt das jedoch nicht an notleidenden Krediten, sondern daran, dass die vergleichsweise großen niederländischen Banken zu geringe Eigenkapitalquoten haben.

Akzeptiert man diese immensen Kosten, könnte der Anteil der gut aufgestellten Banken in der Eurozone – das sind jene mit weniger als 3 Prozent notleidenden Krediten – von derzeit 32 auf 54 Prozent steigen. Es gäbe dann aber immer noch drei Banken, die mehr als 25 Prozent an faulen Krediten in ihren Bilanzen hätten.

Alles in allem geht es nicht um Peanuts – sondern um Summen, die es ratsam erscheinen lassen, die länderübergreifende Einlagensicherung in eine fernere Zukunft zu verschieben. Ohne vorherige Bereinigung der Altlasten verkäme der gemeinsame Topf mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Transfermechanismus.

Bankenstabilisierung kostet Milliarden

Um die Eurozone für die geplante europäische Einlagensicherung fit zu machen, sollten Großbanken nach Einschätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft maximal einen Anteil von 3 Prozent notleidenden Krediten in ihren Büchern haben und eine bilanzielle Eigenkapitalquote von mindestens 7 Prozent aufweisen. Was es kosten würde, diese Ziele bis 2022 zu erreichen, hat das IW in einer Simulationsrechnung ermittelt.

- Gesamtkosten in Milliarden Euro
- Jährliche Kosten von 2019 bis 2022 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Zypern	1,9	2,4
Griechenland	13,9	2,0
Niederlande	35,0	1,2
Frankreich	103,1	1,1
Finnland	9,5	1,1
Italien	54,3	0,8
Belgien	13,2	0,8
Deutschland	95,9	0,7
Spanien	16,8	0,4
Malta	0,1	0,3
Österreich	1,0	0,1

Großbanken: insgesamt 76 systemrelevante Banken, die der europäischen Bankenaufsicht direkt unterstehen; notleidende Kredite: können vom Kreditnehmer aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten vermutlich nicht vollständig zurückgezahlt werden oder die Ratenzahlung ist seit mehr als 90 Tagen im Verzug

Quellen: Bloomberg, Europäische Zentralbank, European Banking Authority, Fitch, Moody's, Geschäftsberichte der Banken, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

IW-Report 16/2018

Markus Demary: Tackling non-performing loans in the Euro area
iwkoeln.de/npl

In guter Gesellschaft

Einkommen und Vermögen. Im Vergleich zu anderen Industrienationen ist die Ungleichheit der Nettoeinkommen in Deutschland unterdurchschnittlich ausgeprägt. Die privaten Vermögen sind dagegen ungleicher verteilt als im Länderdurchschnitt. Damit sieht es in Deutschland ähnlich aus wie in anderen europäischen Staaten mit hohem Wohlstand, umfassender sozialer Sicherung und geringer Einkommensungleichheit.

Der italienische Statistiker Corrado Gini starb 1965 in Rom. Für die Wirtschaftswissenschaft ist er allerdings unsterblich – er entwickelte den oft genutzten Gini-Koeffizienten, der beziffert, wie ungleich die Einkommen in einer Volkswirtschaft verteilt sind: Der Koeffizient nimmt Werte zwischen null und eins an und je höher er liegt, desto ungleicher ist die Verteilung.

Für Deutschland lag der Gini-Koeffizient der Nettoeinkommen, also der Einkommen nach Steuern und Sozialbeiträgen und zuzüglich staatlicher Renten- und Transferzahlungen,

im Jahr 2015 – das ist der aktuellste Stand – bei 0,29. Damit waren die Einkommen in der Bundesrepublik zuletzt ungleicher verteilt als beispielsweise Anfang der 1990er Jahre. Allerdings hat sich der Koeffizient seit 2005 nicht mehr signifikant erhöht. Zudem zählt Deutschland noch immer zu den Nationen, in denen die Ungleichheit eher unterdurchschnittlich ausgeprägt ist, wie eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt. Dieser Befund fällt noch deutlicher aus, wenn man die Bevölkerungsgröße der Länder berücksichtigt.

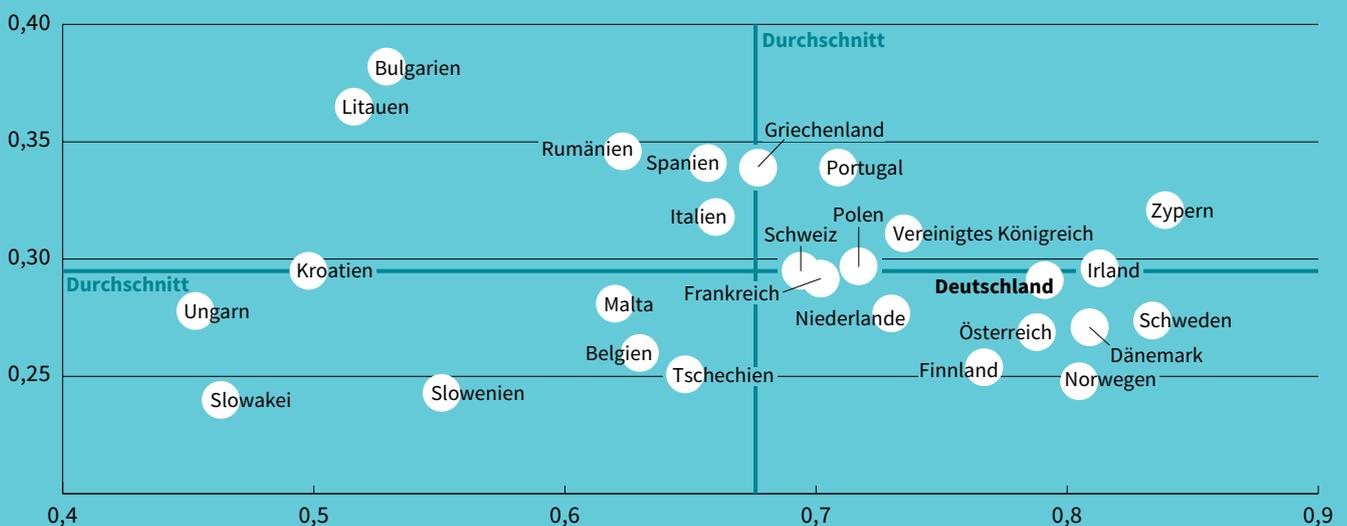
Deutlich höher als in Deutschland ist die Ungleichheit der Nettoeinkommen in Südeuropa und in den baltischen Staaten. Die Slowakei, Slowenien und Norwegen sind mit Koeffizienten von jeweils unter 0,25 dagegen deutlich egalitärer.

Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,39 sind die Nettoeinkommen in den USA ein ganzes Stück ungleicher verteilt als in den meisten europäischen Staaten.

Ganz anders fällt der Vergleich mit den USA aus, wenn nicht die Netto-, sondern die Markteinkommen herangezogen werden – also die

Wie Einkommensungleichheit und Vermögensungleichheit zusammenhängen

Gini-Koeffizient der Einkommen



Der Gini-Koeffizient misst die Einkommens- oder Vermögensverteilung in einem Land. Ein Wert von 0 bedeutet, dass alle gleich viel haben, 1 bedeutet, dass einer alles hat und alle anderen nichts; Länderauswahl: nur europäische Länder mit zufriedenstellender Qualität der Vermögensdaten; Irland, Italien, Malta, Schweiz: Einkommensangaben für 2014; Einkommen: bedarfsgewichtete Nettoeinkommen 2015; Vermögen: Nettovermögen je Haushalt 2017

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2018 IW Medien / iwd

Einkommen vor staatlicher Umverteilung durch Steuern, Sozialbeiträge, Transfers und die gesetzliche Rente. Dann steigt der Gini-Koeffizient für Deutschland auf rund 0,5 und liegt damit nahezu auf einem Niveau mit den Vereinigten Staaten.

Verantwortlich dafür ist vor allem die deutlich umfassendere Alterssicherung in Deutschland: Während viele ältere Bundesbürger bereits ihre Rente genießen, die nicht als Markteinkommen zählt, gehen ältere Amerikaner häufig noch arbeiten und erwirtschaften weiterhin ein Markteinkommen. Tendenziell gilt:

Je höher die gesetzliche Absicherung im Alter ist, desto ungleicher sind die Markteinkommen verteilt.

Betrachtet man dagegen nur die Markteinkommen der unter 60-Jährigen, ist die Ungleichheit in den USA wieder deutlich größer.

Insgesamt reduzieren die gesetzliche Rente, Sozialtransfers, Einkommensteuer und Sozialbeiträge die Ungleichheit in Deutschland um mehr als 40 Prozent, in den USA um weniger als ein Viertel.

Während Deutschland also mit guten Werten bei der Verteilung der Nettoeinkommen punkten kann, wirken die Ergebnisse bei den Nettovermögen eher alarmie-

rend: Hier nimmt der Gini-Koeffizient einen Wert von 0,79 an – die reichsten 10 Prozent der Haushalte besitzen 65 Prozent der Nettovermögen.

Ein Teil des Befunds lässt sich allerdings damit erklären, dass das angesparte Vermögen wesentlich stärker vom Lebensalter abhängt als die Einkommen. Dies gilt aber ebenso für andere Länder.

Doch auch im europäischen Vergleich liegt Deutschland in Sachen Ungleichheit der Vermögen auf den hinteren Rängen (Grafik Seite 8). Für die Höhe der Vermögensungleichheit sind allerdings auch folgende Zusammenhänge maßgeblich:

1. Je wohlhabender ein Land ist, desto höher fällt die Vermögensungleichheit aus. Der entsprechende Korrelationskoeffizient – er setzt das kaufkraftbereinigte Medianeinkommen und die Vermögensungleichheit ins Verhältnis – liegt für die in der IW-Studie betrachteten europäischen Länder bei 0,66. Der Koeffizient kann Werte zwischen minus eins und plus eins annehmen, der positive Zusammenhang zwischen beiden Größen ist also deutlich.

2. Je stärker ein Staat die Bürger absichert, desto höher ist tendenziell die Vermögensungleichheit. Denn bei einer umfassenden sozialen Absicherung sind zum einen die

Anreize geringer, sich mittels Vermögensbildung selbst ein Polster zu schaffen. Zum anderen reduzieren die zur Finanzierung erforderlichen Abgaben vor allem für Geringverdiener den Spielraum, selbst zusätzlich vorzusorgen.

Deshalb überrascht es nicht, dass sogar Staaten wie Norwegen oder Schweden eine beachtliche Vermögensungleichheit aufweisen – obgleich die Nettoeinkommen dort besonders gleich verteilt sind.

Geringe Ungleichheitswerte sowohl beim Einkommen als auch bei den Vermögensdaten liegen derzeit für Ungarn, die Slowakei und Kroatien vor. Allerdings weisen diese Staaten im Europavergleich auch nur ein geringes allgemeines Wohlstandsniveau und eine begrenzte soziale Absicherung auf.

So gab beispielsweise die Slowakei im Jahr 2015 lediglich etwas mehr als 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die soziale Absicherung aus, Ungarn 20 Prozent und Kroatien rund 21 Prozent. In Deutschland waren es laut Eurostat dagegen mehr als 29 Prozent des BIP.

IW-Kurzbericht 29/2018

Judith Niehues: Die Einkommens- und Vermögensungleichheit Deutschlands im internationalen Vergleich
iwkoeln.de/einkommen_und_vermoegen



Neues interaktives Video

Judith Niehues forscht im Institut der deutschen Wirtschaft zu Verteilungsthemen. In einem neuen iwd-Erklärvideo stellt sie ihre Forschungsergebnisse vor.

Das Video ist interaktiv gestaltet: An drei Stellen können Sie während des Abspielens per Klick Zusatzinformationen abrufen – zweimal in Form kurzer Einspieler zu den Fragen „Was ist der Gini-Koeffizient?“ und „Wie werden Vermögen erfasst?“ und einmal als interaktive Karte, die die Ungleichheit, die Umverteilung sowie die Vermögensverteilung in Europa zeigt. Das Video können Sie kostenfrei auf Ihrer Website einbinden:

iwd.de/verteilungsvideo

Zu Tode geliebt

Tourismus. Die Branche boomt, doch manche Orte sind mittlerweile völlig überlaufen. „Overtourism“ heißt das Phänomen, gegen das sich zunehmend auch Einheimische wehren. Um die Probleme, die der Massentourismus verursachen kann, zu vermeiden, hilft vor allem eins: zu einer anderen Jahreszeit oder zu einem anderen Ziel zu verreisen.

Ein lauer Samstagabend in Oberitalien: Es könnte so schön sein in der Via Cappello 23 in Veronas historischem Zentrum, doch der Torbogen zur Casa di Julietta und zum berühmtesten Balkon der Welt ist verstopft. Hunderte von Touristen drängeln sich in dem kleinen Innenhof, schießen Selfies, begripschen die Brust der bronzenen Julia-Statue und bekritzeln Wände mit Liebesbotschaften, die oft schon nach wenigen Minuten von nachrückenden Besuchern übertüncht werden.

Angesichts der rund zwei Millionen Touristen, die sich jährlich auf diesem kleinen Flecken unweit der Piazza delle Erbe tummeln, erwoget die Stadt vor drei Jahren, eine Hof-Eintrittsgebühr von 2,50 Euro zu erheben – zusätzlich zu den 6 Euro, die für den Zutritt ins Haus verlangt werden. Ob das den Run auf das Haus der Julia, das, nebenbei bemerkt, ja sowieso reiner Fake ist, gedrosselt hätte? Wahrscheinlich nicht.

Verona ist – Venedig-Besucher, Kreuzfahrer und Amsterdam-Reisende wissen das nur allzu gut – kein Einzelfall: Manche Ziele werden von Touristen regelrecht überrollt. „Overtourism“ heißt das Phänomen, das auch auf der diesjährigen Internationalen Tourismusbörse ITB diskutiert wurde. Der New Yorker

Die fünf Reiseweltmeister

So viele Milliarden Dollar gaben die Einwohner dieser Länder 2017 für Auslandstourismus aus

■ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

China	258	5
USA	135	9
Deutschland	84	3
Vereinigtes Königreich	63	3
Frankreich	41	1

Quelle: Welttourismusorganisation
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Reisebuchverlag Fodor's und der Fernsehsender CNN haben sogar schon regelrechte Reisewarnlisten zusammengestellt (Grafik Seite 11):

CNN rät für dieses Jahr von zwölf Destinationen ab; darunter sind beliebte Städte wie Barcelona und Dubrovnik, aber auch Naturparadiise wie die Galapagosinseln.

Unter dem Ansturm der Reisenden leiden Flora und Fauna, Umwelt und Baudenkmäler – und natürlich die Einwohner. Mallorca zum Beispiel hat mittlerweile die größte Fahrzeugdichte Spaniens: Auf 100 Mallorquiner kommen – wegen der vielen

Leihwagen für Touristen – 85 Autos. Obwohl Mallorca 2016 eine Ökosteuern für Besucher eingeführt hat, reisten 2017 rund zwölf Millionen Urlauber auf die Insel – 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Gegen die Auswüchse des Massentourismus demonstrierten in Palma im vergangenen September erstmals Tausende Einwohner, Mietwagen wurden mit Protestaufklebern versehen, Parolen wie „Tourist go home!“ plakatiert.

Allerdings sind Touristen eine wichtige, manchmal sogar die größte Einnahmequelle. Kroatien beispielsweise erwirtschaftete gerade erstmals seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1991 einen Haushaltsüberschuss – dank des Massenandrangs an beliebten Orten wie Split, Zadar oder Dubrovnik, das vor allem für Kreuzfahrturlauber und „Game of Thrones“-Fans attraktiv ist.

Die Welttourismusorganisation, eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, geht davon aus, dass 10 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung im Tourismus erzielt werden. Die enorme wirtschaftliche Bedeutung zeigt sich auch an den Arbeitsplätzen, die die Reiseindustrie schafft:

Weltweit hing 2016 einer von zehn Jobs von der Tourismusbranche ab – insgesamt waren das gut 292 Millionen Arbeitsplätze.

Und der Wirtschaftsfaktor Tourismus dürfte weiter zulegen. Der Weltverband der Touristikunternehmen WTTC beziffert die Zahl der Reisenden für 2016 auf 1,2 Milliarden. Seiner Prognose zufolge wird es in zehn Jahren bereits 1,8 Milliarden Touristen geben. Der Zuwachs hat vor allem zwei Ursachen: Erstens haben Schwellenländer wie China und Indien wachsende Mittelschichten – und damit immer mehr Menschen, die sich das Reisen leisten können. Allein die fünf größten Reisenationen gaben 2017 mehr als 580 Milliarden Dollar für Tourismusleistungen im Ausland aus – allen voran China (Grafik Seite 10):

Die Chinesen sind Reiseweltmeister. Im Jahr 2017 hatten sie mit 258 Milliarden Dollar mit

großem Abstand die höchsten internationalen Tourismusausgaben. Die US-Amerikaner gaben nur rund die Hälfte aus.

Zweitens gibt es den Trend, mehr als einmal im Jahr zu urlauben: Neben Kreuzfahrten legen Städte- und Kurztrips besonders kräftig zu, hat die Reisebranche festgestellt.

Phänomene wie der Overtourism werden aller Voraussicht nach also eher zu- als abnehmen. Doch was können Länder oder Kommunen tun, um sich davor zu schützen? Die Unternehmensberatung McKinsey rät überlaufenen Urlaubsorten unter anderem zu Beschränkungen von Bettenkapazitäten und zu schwankenden Preisen: So könnten beliebte Urlaubsdestinationen Eintrittspreise und Kurtaxen zu Stoßzeiten anhe-

ben, um einen Teil der Besucher für eine günstigere Saison zu gewinnen. Empfohlen wird auch das geographische Umleiten von Touristenströmen zu anderen, weniger beliebten Sehenswürdigkeiten und Orten.

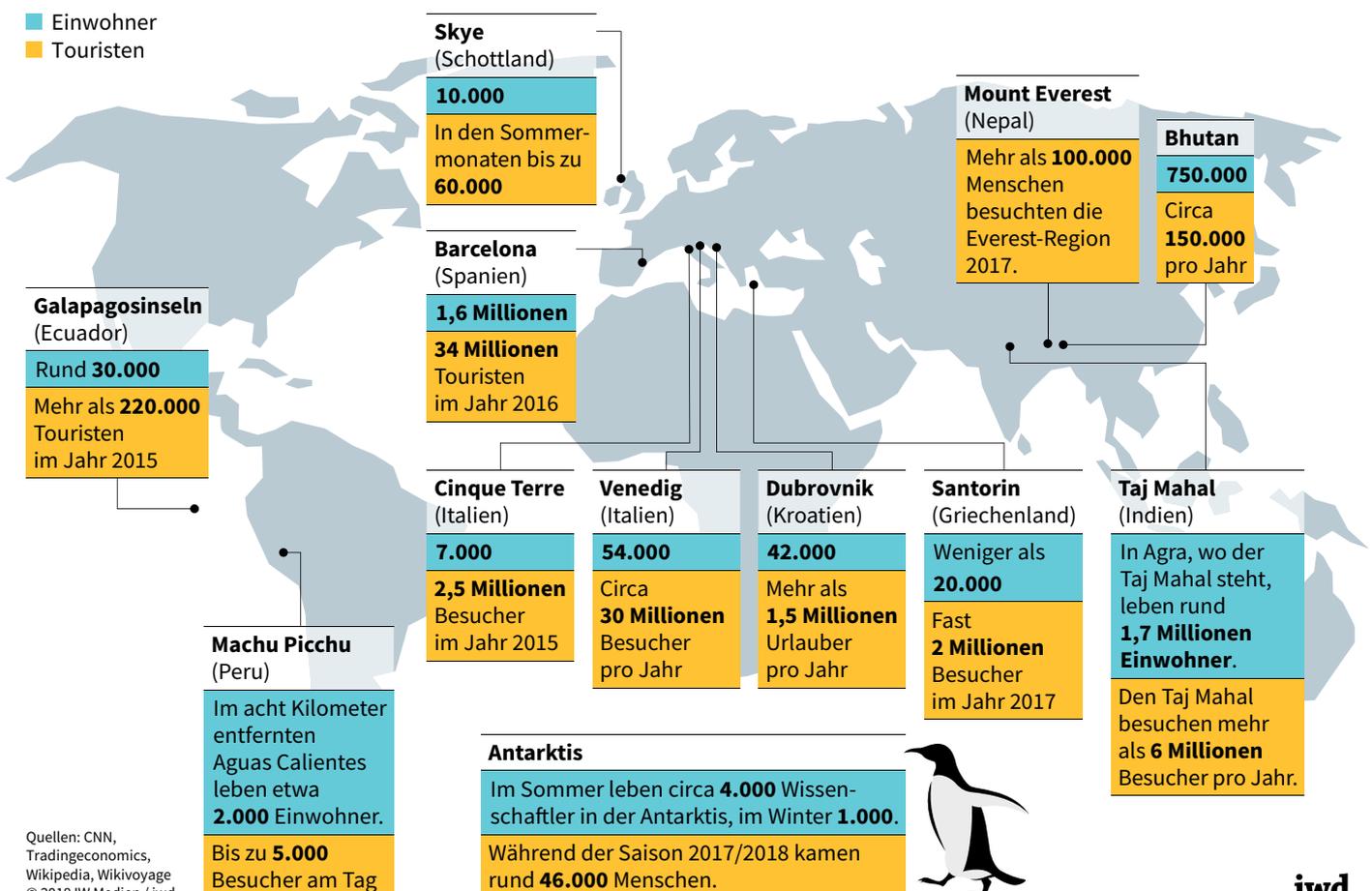
Am besten können die Reisenden selbst dafür sorgen, dass sie nicht als lästige und zerstörerische Eindringlinge wahrgenommen werden. So gibt CNN in seiner Auflistung der Bloß-nicht-hin-Destinationen praktischerweise gleich Alternativen an: Valencia statt Barcelona, Annecy statt Venedig und die Inselgruppe Südgeorgien statt der Antarktis.



Wie auch ein Billigurlaub nachhaltig sein kann, erläutert der Tourismusforscher Harald Zeiss im Interview auf iwd.de

Bloß-nicht-hin-Destinationen

Diese Ziele sollten Touristen 2018 wegen des Massenandrangs meiden



Quellen: CNN, Tradingeconomics, Wikipedia, Wikivoyage © 2018 IW Medien / iwd

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Chefredakteur: Ulrich von Lampe (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Brit Schmiendorf, Kerstin Schraff, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: IW Medien GmbH

Telefon: 0221 4981-523

Fax: 0221 4981-504

E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:
 lizenzen@iwkoeln.de



Erfahrung ist gefragt

Überall in Europa stellt die steigende Lebenserwartung die sozialen Sicherungssysteme vor Herausforderungen. Umso wichtiger ist es, die 55- bis 64-Jährigen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Deutschland hat schon vor mehr als zehn Jahren die Frühverrentung stark eingeschränkt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: War vor zehn Jahren lediglich die Hälfte der 55- bis 64-Jährigen erwerbstätig, sind es heute 70 Prozent. Damit hat sich Deutschland im europäischen Vergleich auf den fünften Platz vorgeschoben. Generell besteht in Europa ein starkes Nord-Süd-Gefälle bei den älteren Erwerbstätigen. Schlusslicht ist Griechenland, wo die Erwerbstätigenquote der über 55-Jährigen binnen zehn Jahren um 4 Prozentpunkte auf nur noch 38 Prozent gesunken ist. Kaum besser stehen Kroatien, Slowenien, Rumänien und Malta da – dort liegen die Quoten zwischen 40 und 45 Prozent.

Zahl der Woche

30 Milliarden Euro



wurden 2017 im internationalen Handel mit Wein umgesetzt, das sind knapp 5 Prozent mehr als 2016. Auch die gehandelte Weinmenge stieg um 3,4 Prozent auf zuletzt 108 Millionen Hektoliter. Zugelegt hat der internationale Weinhandel vor allem deshalb, weil mehr Schaumweine exportiert wurden: Mengenmäßig legte der Absatz von Prosecco, Sekt und Champagner 2017 gegenüber dem Vorjahr um rund 11 Prozent zu, der Umsatz kletterte um knapp 9 Prozent nach oben.

Die europäischen Top Ten: Wo Ältere arbeiten

So viel Prozent der 55- bis 64-Jährigen waren 2017 erwerbstätig

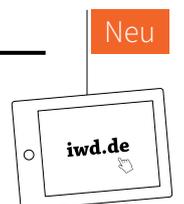
Veränderung gegenüber 2007 in Prozentpunkten	Land	Erwerbstätigenquote (%)	Veränderung (2017-2007)
1	Island	83,9	-0,8
2	Schweden	76,4	+6,4
3	Schweiz	72,2	
4	Norwegen	71,9	+2,9
5	Deutschland	70,1	+18,8
6	Dänemark	68,9	+10,0
7	Estland	68,1	+8,2
8	Litauen	66,1	+12,9
9	Niederlande	65,7	+14,8
10	Vereinigtes Königreich	64,1	+6,7

Schweiz: Werte für 2007 nicht verfügbar

Quelle: Eurostat
 © 2018 IW Medien / iwd



Neu auf iwd.de: Der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst



Nach bundesweiten Warnstreiks und drei langen Verhandlungsrunden haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst zueinandergefunden. Während Berufserfahrene mit kleineren Lohnsteigerungen vorliebnehmen müssen, werden vor allem Berufseinsteiger und Geringqualifizierte bessergestellt. Mehr zu den Details und den Folgen des neuen Tarifvertrags lesen Sie auf iwd.de.